

2007**Ausgegeben zu Bonn am 13. August 2007****Nr. 24**

Tag	Inhalt	Seite
7. 8. 2007	Gesetz zu dem Abkommen vom 1. Juni 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD011	1034
25. 6. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 1. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen über das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland sowie über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung	1057
27. 6. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-gabunischen Abkommens über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1057
28. 6. 2007	Bekanntmachung der 29. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle	1058
28. 6. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)	1061
28. 6. 2007	Bekanntmachung zu dem Zweiten Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen	1061
28. 6. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	1063
3. 7. 2007	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	1064
6. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre	1065
6. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre	1065
6. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen	1066
10. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (Artikel 3 ^{bis})	1070
10. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1070
10. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Fälschmünzerei und des Protokolls hierzu	1071
10. 7. 2007	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes	1072
10. 7. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Zusatzübereinkommens zum Übereinkommen über den Straßenverkehr	1073
11. 7. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-botsuanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1074
12. 7. 2007	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1074
19. 7. 2007	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1077
30. 7. 2007	Berichtigung der Veröffentlichung des Abkommens vom 14. Juni 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über Beziehungen im audiovisuellen Bereich	1080

Gesetz
zu dem Abkommen vom 1. Juni 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 7. August 2007

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tiflis am 1. Juni 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 7. August 2007

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
H. Ringstorff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Грузией
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и на капитал

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Georgien –

Федеративная Республика Германия
и
Грузия,

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen und ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

желая заключить Соглашение об избежании двойного налогообложения относительно налогов на доходы и на капитал и подтверждая свое желание развивать и укреплять экономические взаимоотношения путем упразднения налоговых препятствий,

sind wie folgt übereingekommen:

согласились о нижеследующем:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и на капитал, взимаемым от имени Договаривающегося Государства или одного из их территориально-административных подразделений, независимо от метода их взимания.

2. Налогами на доходы и капитал считаются все налоги, взимаемые с общей суммы доходов, с общей суммы капитала или с отдельных их элементов, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги, взимаемые с общей суммы заработной платы или жалованья, выплачиваемых предприятиями, а также налоги, взимаемые с доходов от прироста капитала.

3. К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer und
die Vermögensteuer
einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
- b) in Georgien:
die Steuer auf Gewinne von Unternehmen,
die Steuer auf Einkommen natürlicher Personen,
die Steuer auf Vermögen juristischer Personen und
die Steuer auf Vermögen natürlicher Personen
(im Folgenden als „georgische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetragenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Georgien“ das Hoheitsgebiet innerhalb seiner von der Weltgemeinschaft anerkannten staatlichen Grenzen, das Festland, die Binnengewässer und das Küstenmeer, den darüber befindlichen Luftraum, auf die sich die Souveränität Georgiens erstreckt, sowie die an das Küstenmeer angrenzende besondere Wirtschaftszone und den Festlandsockel, soweit Georgien dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine souveränen Rechte ausüben kann;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nachdem, die Bundesrepublik Deutschland oder Georgien;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in

- a) в Федеративной Республике Германия:
подходный налог;
налог с корпораций;
промысловый налог;
налог на имущество и
налоговые надбавки к ним
(далее именуемые «германские налоги»);
- b) в Грузии:
налог на прибыль с предприятий;
подходный налог с физических лиц;
налог на имущество юридических лиц;
налог на имущество физических лиц
(далее именуемые «грузинские налоги»).

(4) Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о существенных изменениях, внесенных в их налоговые законы.

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

- a) термин «Федеративная Республика Германия» означает территорию Федеративной Республики Германия, а также примыкающую к территориальному морю территорию морского дна и морских недр, а также расположенной над ними водной толщи, на которой Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальными правовыми актами может осуществлять суверенные права и юрисдикцию в целях исследования, разработки, сохранения биологических и небиологических видов природных ресурсов и управления ими;
- b) термин «Грузия» означает территорию в пределах ее государственных границ, признанное мировым сообществом, в том числе сухопутную территорию, внутренние и территориальные воды, воздушное пространство над ними, на которые распространяется суверенитет Грузии, а также прибрежные к ее территориальным водам особую экономическую зону и континентальный шельф, по отношению которых Грузия может распространить свои суверенные права в соответствии с международным правом;
- c) термины «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» означают соответственно Федеративную Республику Германия и Грузию;
- d) термин «лицо» означает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;
- e) термин «компания» означает любое корпоративное образование, или любое другое объединение, которое для целей налогообложения рассматривается как корпоративное образование;
- f) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, или предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом другого Договаривающегося Государства;
- g) термин «международные перевозки» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием с местом фактического управле-

einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- i. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - ii. in Bezug auf Georgien
alle natürlichen Personen, die die georgische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Georgien geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- i. in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
 - ii. in Georgien das Finanzministerium oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

nia in Договаривающемся Государстве, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;

- h) термин «национальное лицо» означает:
- i. применительно к Федеративной Республике Германия:
любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, простое товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;
 - ii. применительно к Грузии:
любое физическое лицо, имеющее гражданство Грузии, а также любое юридическое лицо и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Грузии законодательством;
- i) термин «компетентный орган» означает:
- i. применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;
 - ii. применительно к Грузии Министерство финансов или его уполномоченного представителя.

2. Если из контекста иное не вытекает, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения, любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое ему придает законодательство этого Государства в отношении налогов, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое термин имеет в отношении другого законодательства этого Государства.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин «резидент Договаривающегося Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основании своего местожительства, постоянного местопребывания, местонахождения фактического управления или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство и его территориально-административные подразделения. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении капитала, расположенного в этом Государстве.

2. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, его статус определяется следующим образом:

- a) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, с которым оно имеет более тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;
- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, национальным лицом которого оно является;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen. Solange kein solches Einvernehmen erzielt worden ist, kann die Person die Rechte aus diesem Abkommen nicht geltend machen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 **Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 6 Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen aus-

d) если лицо является национальным лицом обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию. До достижения такого согласия, лицо не имеет право требовать любые те преимущества, которые предусматривает настоящее Соглашение.

3. В случае, если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, не являющееся физическим лицом, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического управления.

Статья 5 **Постоянное учреждение**

1. Для целей настоящего Соглашения термин «постоянное учреждение» означает постоянное место деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.

2. Термин «постоянное учреждение», в частности, включает:

- a) место управления;
- b) филиал;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место разработки природных ресурсов.

3. Строительная площадка, монтажный или сборочный объект являются постоянным учреждением только в случаях, если продолжительность их существования превышает 6 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

- a) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;
- c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях переработки их другим предприятием;
- d) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;
- e) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) - е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как име-

geübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt auch für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche

кощее постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное учреждение.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в Договаривающемся Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой компании.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором находится рассматриваемое имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства в отношении земельной собственности, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи, выплачиваемые в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от коммерческой деятельности

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, однако только в той части, которая относится к этому постоянному учреждению.

2. В случае, если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве

Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstätte.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auf-

we k этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и действуя полностью независимо от предприятия, постоянным учреждением которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общедминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договаривающемся Государстве принято исчислять прибыль, относящуюся к постоянному учреждению, на основе пропорционального распределения совокупной суммы прибыли предприятия на его отдельные подразделения, то положения пункта 2 настоящей статьи не исключают, чтобы это Договаривающееся Государство исчисляло облагаемую налогом прибыль в соответствии с принятым методом распределения; выбранный метод распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своему результату принципам настоящей статьи.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному учреждению на основании произведенной лишь закупки этим постоянным учреждением товаров или изделий для предприятия.

6. При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи, прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточно веских причин действовать по иному.

7. Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Морской и воздушный транспорт

1. Прибыль от использования морских или воздушных судов в международных перевозках облагается налогами только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

2. Если место фактического управления предприятия морской судоходной компании находится на борту морского судна, то оно считается расположенным в том Договаривающемся Государстве, в котором находится порт приписки судна, или, при отсутствии такого порта, в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, эксплуатирующее данное судно.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи также распространяются на прибыль от участия в пуле, в совместном предприятии или в международном транспортном агентстве.

Статья 9

Ассоциированные предприятия

1. В случае, если:

- a) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или
- b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласо-

erlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 0 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 50 vom Hundert des Kapitals der Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und die in das Vermögen dieser Gesellschaft mehr als 3 000 000 Euro (drei Millionen Euro) oder einen gleichwertigen Betrag investiert;
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und die in das Vermögen dieser Gesellschaft mehr als 100 000 Euro oder einen gleichwertigen Betrag investiert;
- c) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch

vanne oder beauftragte auf sie Bedingungen, die sich von denen unterscheiden, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart worden wären, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

2. Wenn in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Статья 10 Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; однако, если правообладателем дивидендов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать:

- a) 0 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая прямо владеет не менее чем 50 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании и инвестировала более чем 3.000.000 (три миллиона) евро, или его эквивалентную сумму в капитал компании выплачивающей дивиденды;
- b) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая прямо владеет не менее чем 10 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании и инвестировала более чем 100.000 (сто тысяч) евро, или его эквивалентную сумму в капитал компании выплачивающей дивиденды;
- c) 10 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

3. Употребляемый в настоящей статье термин «дивиденды» означает доходы от акций, по правам или сертификатам на участие в прибыли, от акций горнодобывающей промышленности, по учредительским паям или прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам от акций, а также суммы прибыли, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если владелец дивидендов, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, вы-

плачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долевое участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

5. В случае, если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связан с расположенными в этом другом Государстве постоянным учреждением или постоянной базой, ни подвергать суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогами только в этом другом Государстве.

2. Употребляемый в настоящей статье термин «проценты» означает доходы от долговых требований любого вида, вне зависимости от ипотечного обеспечения, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая связанные с ними премии, а также выигрыши по выигрышным займам. Пени за несвоевременную выплату не считаются процентами в понимании настоящей статьи.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором проценты возникли, через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долговое требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному учреждению или такой постоянной базе. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма процентов относительно долгового требования, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 12

Роялти

1. Роялти, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

2. Употребляемый в настоящей статье термин «роялти» означает вознаграждения любого вида, которые выплачи-

zung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(3) Der Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen – direkt oder indirekt – überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

waufen za isпользование либо предоставление права isпользования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патентов, торговых знаков, образов или моделей, схем, секретных формул или технологий, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин «роялти» также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права isпользования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио- или телекомпаниями.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли лицензионные платежи, предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых производятся лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма лицензионных платежей относительно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой преимущественно, прямо или косвенно состоят из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом Государстве.

3. Доходы от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая также доходы от отчуждения имущества, которые извлекаются в связи с отчуждением такого постоянного учреждения (отдельно или вместе с остальным предприятием) или такой постоянной базы, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

4. Доходы от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, а также движимого имущества, предназначенного для эксплуатации морских или воздушных судов, могут облагаться налогами только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs

5. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, могут облагаться налогами только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

6. Применительно к физическому лицу, являвшемуся резидентом Договаривающегося Государства на протяжении не менее пяти лет и ставшему резидентом другого Договаривающегося Государства, положения пункта 5 настоящей статьи не затрагивают права первого упомянутого Государства подвергать прирост имущества упомянутого лица в отношении долей участия в компаниях, являющихся резидентом первого упомянутого Договаривающегося Государства, налогообложению в соответствии с его национальными правовыми актами вплоть до момента смены лицом местожительства. В таком случае прирост имущества, обложенный налогом в первом упомянутом Государстве, не будет приниматься в учет другим Государством при исчислении последующего в дальнейшем прироста имущества.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от оказания профессиональных услуг или от прочей деятельности независимого характера, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только это лицо в другом Договаривающемся Государстве для осуществления своей деятельности обычно не располагает постоянной базой. Если оно располагает такой постоянной базой, то доходы могут облагаться налогом в этом другом Государстве, однако лишь постольку, поскольку они могут быть отнесены к этой постоянной базе.

2. Термин «профессиональные услуги» включает, в частности, независимо осуществляемую научную, литературную, воспитательную или преподавательскую деятельность, независимо осуществляемую деятельность в области искусств, а также независимую деятельность врачей, стоматологов, адвокатов, инженеров, архитекторов, экспертов в области бухгалтерского дела и аудиторов.

Статья 15

Работа по найму

1. С учетом положений статей 16 – 19 настоящего Соглашения жалование, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и
- c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное учреждение или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществля-

oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt.

ется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международных перевозках, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия, эксплуатирующего судно или воздушное судно.

Статья 16

Вознаграждения членов наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения членов наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

Статья 17

Работники искусств и спортсмены

1. Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусств, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае, если доходы от осуществляемой лично работником искусств или спортсменом в таком своем качестве деятельности начисляются не самому работнику искусств или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором работник искусств или спортсмен осуществляет свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой работниками искусств или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или одного из его территориально-административных подразделений, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является работник искусств или спортсмен.

Статья 18

Пенсии и аналогичные выплаты

1. С учетом положений пункта 2 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии и аналогичные вознаграждения, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

2. Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

3. Периодические и единовременные вознаграждения, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его территориально-административных подразделений резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенса-

können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

Artikel 19 Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i. ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii. nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögens an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Absatz 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut oder den Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

сионные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, преступления, прививки или аналогичных событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

Статья 19 Государственная служба

1.

a) Жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его территориально-административных подразделений, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Указанные вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если указанная служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом данного Государства, а также:

i. является национальным лицом данного Государства или

ii. не стало резидентом данного Государства только лишь в целях осуществления службы.

2.

a) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его территориально-административных подразделений, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства или созданных ими фондами физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

3. В отношении вознаграждений и пенсий за службу, оказываемую в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, применяются положения статей 15, 16, 17 или 18 настоящего Соглашения.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технической помощи Договаривающегося Государства или одного из их территориально-административных подразделений за счет средств, выделяемых исключительно этим Государством или этим территориально-административным подразделением, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

5. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым со стороны или от имени Института им. Гете или Германской службы академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы по взаимному согласию могут обусловиться о применении соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве-

учредителе учреждения, то действуют положения статьи 15 настоящего Соглашения.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens insgesamt zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

Статья 20

Преподаватели, учителя, научные сотрудники и студенты

1. Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве в общей сложности не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Иные доходы

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, независимо от источника их возникновения, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, если получатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

Статья 22

Капитал

1. Капитал, представленный недвижимым имуществом, принадлежащий резиденту Договаривающегося Государства и расположенный в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Капитал, представленный движимым имуществом, представляющий собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Georgien sowie die in Georgien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Georgien besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in Georgien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die georgische Steuer angerechnet, die nach georgischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
 - i. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - ii. Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in Georgien besteuert werden können;
 - iii. Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - iv. Einkünfte im Sinne des Artikels 17.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in Georgien ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Ver-

3. Kapital, представленный морскими или воздушными судами, эксплуатируемыми в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

4. Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

1. Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

- a) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Грузии, а также расположенные в Грузии имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Грузии и не подпадают под действие подпункта b) настоящего пункта.

Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании (с исключением простого товарищества), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Грузии, капитал которой принадлежит не менее чем на 10 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды.

Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевые участия, дивиденды по которым, если бы они выплачивались, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

- b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к нижеприведенным доходам производится зачет налогов Грузии, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Грузии и в соответствии с настоящим Соглашением:
 - i. дивидендам, не подпадающим под действие подпункта a) настоящего пункта;
 - ii. доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Грузии;
 - iii. вознаграждениям членов наблюдательных советов и советов директоров;
 - iv. доходам в понимании статьи 17 настоящего Соглашения.
- c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта a) настоящего пункта применяются положения подпункта b) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Грузии, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд по-

mögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder Vermögenswerte zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
 - i. wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder das Vermögen unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder
 - ii. wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in Georgien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Bezieht eine in Georgien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet Georgien:
- i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht;
 - ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Georgien ansässigen Person, die nach den Bestimmungen des Abkommens von der Besteuerung in Georgien auszunehmen sind, können gleichwohl in Georgien bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusam-

стоянного учреждения, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).

- d) Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки на остальные доходы или имущественные ценности.
- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта,
 - i. если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо
 - ii. если Федеративная Республика Германия после консультаций уведомляет Грузию по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод зачета согласно подпункту b). Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем налогового зачета согласно подпункту b) с первого дня календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

2. Применительно к резиденту Грузии налоги устанавливаются следующим образом:

- а) если резидент Грузии получает доход или владеет капиталом, которые, согласно с положениями настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, Грузия позволит:
- i. вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Федеративной Республике Германия;
 - ii. вычесть из налога на капитал этого резидента сумму, равную налогу на капитал, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога с дохода или с капитала, подсчитанную до предоставления вычета и относящуюся к доходу или капиталу, который может облагаться налогом в Федеративной Республике Германия в зависимости от обстоя-

- б) Если, согласно с любыми положениями настоящего Соглашения, полученный доход или капитал резидента Грузии освобожден от налога в Грузии, Грузия может тем не менее при подсчете налога на остальную часть дохода или капитала этого резидента принять во внимание освобожденный от налога доход или капитал.

Статья 24

Недискриминация

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообло-

menhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

ziehung oder verbunden mit ihm Verpflichtungen, durch die unterworfen werden oder unterworfen werden können nationale Personen dieses anderen Staats, in der gleichen Weise, wie die Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

2. Personen, die kein Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

3. Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

4. Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

5. Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия одного Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о дей-

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 dieses Absatzes genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

stvi, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутая путем согласования договоренность должна выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с вышеизложенными положениями настоящей статьи могут вступать в непосредственные взаимные контакты.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его территориально-административных подразделений, независимо от способа и метода их взимания, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 и 2 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или судебным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, указанных в первом предложении настоящего пункта. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить в целях предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Artikel 27**Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung**

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28**Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen**

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden.

(2) Führen die Bestimmungen des Absatzes 1 zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 29**Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30**Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 31**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

Статья 27**Положения по налогообложению у источника**

1. Если в Договаривающемся Государстве налоги с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов, получаемых резидентом другого Договаривающегося Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на удержание налога у источника по ставке согласно его национальному законодательству настоящим Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу настоящего Соглашения уменьшается либо отпадает.

2. Заявления на налоговый возврат подаются до истечения четвертого года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов.

3. Несмотря на положения пункта 1 каждое из Договаривающихся Государств создаст соответствующие процедуры для того, чтобы выплаты доходов, которые согласно настоящему Соглашению не облагаются в государстве-источнике налогом или облагаются налогом по сниженной налоговой ставке, осуществлялись без или только с предусмотренным в соответствующей статье удержанием.

4. Договаривающееся Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договаривающемся Государстве.

5. Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать осуществление настоящей статьи и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 28**Применение Соглашения в особых случаях**

1. Настоящее Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов.

2. Если положения пункта 1 настоящей статьи ведут к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

Статья 29**Сотрудники дипломатических представительств и работники консульских учреждений**

Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 30**Протокол**

Прилагаемый Протокол является неотъемлемой частью настоящего Соглашения.

Статья 31**Вступление в силу**

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в г. Берлин в возможно короткие сроки.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Tiflis am 1. Juni 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher, georgischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des georgischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

Статья 32

Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года; в таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Решающим для определения срока денонсации, является день поступления уведомления в другом Договаривающемся Государстве.

Совершено в г. Тбилиси 1 июня 2006 года в двух экземплярах, каждый на немецком, грузинском и русском языках, причем все тексты являются аутентичными. При различном толковании немецкого и грузинского текстов, текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Uwe Schramm

Für Georgien
За Грузию
Alexishvili

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem
Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 1. Juni 2006

Протокол
к Соглашению
между Федеративной Республикой Германия
и Грузией
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и на капитал
от 1 июня 2006 года

Die Bundesrepublik Deutschland und Georgien haben ergänzend zum Abkommen vom 1. Juni 2006 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

1. Die in diesem Abkommen verwendeten Ausdrücke „Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ umfassen auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder.

2. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

Федеративная Республика Германия и Грузия в дополнение к Соглашению об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и на капитал от 1 июня 2006 года согласовали нижеследующие положения:

1. Используемые в настоящем Соглашении термин «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» для Федеративной Республики Германия включает Федеральные земли.

2. К статье 7

- a) если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем предпринимательскую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения не исчисляются на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продаже или коммерческой деятельности постоянного учреждения.
- b) если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, не исчисляются на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки товаров постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором расположено головное подразделение предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- c) вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

3. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 настоящего Соглашения, дивиденды и проценты могут облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 18:

Der in diesem Artikel aufgeführte Begriff „ähnliche Vergütungen“ umfasst auch einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

5. Zu Artikel 26:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.

a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли, включая доходы негласного участника, получаемые им от своего долевого участия в качестве негласного участника, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также от облигаций с правом на участие в прибыли в понимании налогового законодательства Федеративной Республики Германия, и

b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика сумм дивидендов или процентов.

4. К статье 18

Используемый в настоящей статье термин «аналогичные выплаты» включает также определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определенного периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

5. К статье 26

Если в соответствии с национальным законодательством на основании настоящего Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

- a) использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.
- d) передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) по заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его данных, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальных правах заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.

- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- g) если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
- h) передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

6. Zu Artikel 28:

Zu den innerstaatlichen Vorschriften zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und Steuerumgehung im Sinne dieser Vorschrift zählt auf deutscher Seite auch die Hinzurechnung von im Ausland bezogenen passiven Einkünften.

6. К статье 28

В смысле настоящей статьи, для Германской стороны к национальным правовым актам по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов принадлежит также зачет получаемых из заграницы пассивных доходов.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Uwe Schramm

Für Georgien
За Грузию
Alexishvili

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 1. Juli 2005
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
über das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland
sowie über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung**

Vom 25. Juni 2007

Nach Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung vom 22. Februar 2007 zu dem Abkommen vom 1. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen über das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland (BGBl. 2007 II S. 218) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 1

am 12. Juni 2007

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass mit Inkrafttreten des Abkommens auch die Verordnung vom 22. Februar 2007 zu dem Abkommen nach ihrem Artikel 3 Abs.1

am 12. Juni 2007

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 25. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-gabunischen Abkommens
über die gegenseitige Förderung und den
gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 27. Juni 2007

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2001 zu dem Abkommen vom 15. September 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2001 II S. 478) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2

am 4. Juli 2007

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 4. Juni 2007 in Libreville ausgetauscht.

Berlin, den 27. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
der 29. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle**

Vom 28. Juni 2007

Die nach Abschnitt 7.2 Nr. 3 der Pariser Vereinbarung vom 26. Januar 1982 über die Hafenstaatkontrolle (BGBl. 1982 II S. 585) in der vom Hafenstaatkontrollausschuss beschlossenen Neufassung (BGBl. 2004 II S. 190) am 10. Mai 2007 angenommenen Änderungen der Liste der Unterzeichner der Vereinbarung einschließlich der entsprechenden Fußnoten wird nach Abschnitt 7.2 Nr. 4 der Vereinbarung für alle Vertragsparteien

am 1. Juli 2007

in Kraft treten.

Die Änderung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. März 2007 (BGBl. II S. 748).

Berlin, den 28. Juni 2007

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
Felix Stenschke

29. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle

Die Liste der Unterzeichner der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle, einschließlich der entsprechenden Fußnoten, wurde ersetzt und wie folgt gefasst:

(Übersetzung)

“The Maritime Authorities of	«Les Autorités maritimes de	„Die Seeschifffahrtsbehörden
Belgium	Allemagne (République Fédérale d')	Belgiens
Bulgaria ¹⁾	Belgique	Bulgariens ¹⁾
Canada ²⁾	Bulgarie ¹⁾	Dänemarks
Croatia ³⁾	Canada ²⁾	Deutschlands (Bundesrepublik)
Cyprus ⁴⁾	Croatie ³⁾	Estlands ²⁾
Denmark	Chypre ⁴⁾	Finnlands
Estonia ⁵⁾	Danemark	Frankreichs
Finland	Estonie ⁵⁾	Griechenlands
France	Espagne	Irlands
Germany (Federal Republic of)	Finlande	Islands ³⁾
Greece	France	Italiens
Iceland ⁶⁾	Grèce	Kanadas ⁴⁾
Ireland	Irlande	Kroatiens ⁵⁾
Italy	Islande ⁶⁾	Lettlands ⁶⁾
Latvia ⁷⁾	Italie	Litauens ⁷⁾
Lithuania ⁸⁾	Lettonie ⁷⁾	Maltas ⁸⁾
Malta ⁹⁾	Lithuanie ⁸⁾	der Niederlande
Netherlands	Malte ⁹⁾	Norwegens
Norway	Norvège	Polens ⁹⁾
Poland ¹⁰⁾	Pays-Bas	Portugals
Portugal	Pologne ¹⁰⁾	Rumäniens ¹⁰⁾
Romania ¹¹⁾	Portugal	der Russischen Föderation ¹¹⁾
Russian Federation ¹²⁾	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et	Schwedens
Slovenia ¹³⁾	d'Irlande du Nord	Sloweniens ¹²⁾
Spain	Roumanie ¹¹⁾	Spaniens
Sweden	Russie (Fédération de) ¹²⁾	des Vereinigten Königreichs Großbritan-
United Kingdom of Great Britain and	Slovénie ¹³⁾	nien und Nordirland
Northern Ireland	Suède	Zyperns ¹³⁾ ;
hereinafter referred to as ‘the Authorities’”.	ci-après appelées «les Autorités»».	im Folgenden als „Behörden“ bezeichnet“.

- ¹⁾ The Maritime Authority of Bulgaria adhered to the Memorandum on 10 May 2007; for the Maritime Authority of Bulgaria the Memorandum took effect on 1 July 2007.
- ²⁾ The Maritime Authority of Canada adhered to the Memorandum on 3 May 1994; for the Maritime Authority of Canada the Memorandum took effect on 3 May 1994.
- ³⁾ The Maritime Authority of Croatia adhered to the Memorandum on 8 November 1996; for the Maritime Authority of Croatia the Memorandum took effect on 1 January 1997.
- ⁴⁾ The Maritime Authority of Cyprus adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Cyprus the Memorandum took effect on 1 July 2006.
- ⁵⁾ The Maritime Authority of Estonia adhered to the Memorandum on 12 May 2005; for the Maritime Authority of Estonia the Memorandum took effect on 1 July 2005.
- ⁶⁾ The Maritime Authority of Iceland adhered to the Memorandum on 11 May 2000; for the Maritime Authority of Iceland the Memorandum took effect on 1 July 2000.
- ⁷⁾ The Maritime Authority of Latvia adhered to the Memorandum on 12 May 2005; for the Maritime Authority of Latvia the Memorandum took effect on 1 July 2005.
- ⁸⁾ The Maritime Authority of Lithuania adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Lithuania the Memorandum took effect on 1 July 2006.
- ⁹⁾ The Maritime Authority of Malta adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Malta the Memorandum took effect on 1 July 2006.
- ¹⁰⁾ The Maritime Authority of Poland adhered to the Memorandum on 27 November 1991; for the Maritime Authority of Poland the Memorandum took effect on 1 January 1992.
- ¹¹⁾ The Maritime Authority of Romania adhered to the Memorandum on 10 May 2007; for the Maritime Authority of Romania the Memorandum took effect on 1 July 2007.
- ¹²⁾ The Maritime Authority of the Russian Federation adhered to the Memorandum on 10 November 1995; for the Maritime Authority of the Russian Federation the Memorandum took effect on 1 January 1996.
- ¹³⁾ The Maritime Authority of Slovenia adhered to the Memorandum on 15 May 2003; for the Maritime Authority of Slovenia the Memorandum took effect on 22 July 2003.

- 1) L'Autorité maritime de Bulgarie a adhéré au Mémorandum le 10 mai 2007. Pour l'Autorité maritime de la Bulgarie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2007.
- 2) L'Autorité maritime du Canada a adhéré au Mémorandum le 3 mai 1994. Pour l'Autorité maritime du Canada, le Mémorandum prendra effet le 3 mai 1994.
- 3) L'Autorité maritime de Croatie a adhéré au Mémorandum le 8 novembre 1996. Pour l'Autorité maritime de la Croatie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} janvier 1997.
- 4) L'Autorité maritime de Chypre a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de Chypre, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2006.
- 5) L'Autorité maritime d'Estonie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2005. Pour l'Autorité maritime d'Estonie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2005.
- 6) L'Autorité maritime d'Islande a adhéré au Mémorandum le 11 mai 2000. Pour l'Autorité maritime d'Islande, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2000.
- 7) L'Autorité maritime de Lettonie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2005. Pour l'Autorité maritime de Lettonie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2005.
- 8) L'Autorité maritime de Lituanie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de la Lituanie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2006.
- 9) L'Autorité maritime de Malte a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de Malte, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} Juillet 2006.
- 10) L'Autorité maritime de Pologne a adhéré au Mémorandum le 27 novembre 1991. Pour l'Autorité maritime de la Pologne, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} janvier 1992.
- 11) L'Autorité maritime de Roumanie a adhéré au Mémorandum le 10 mai 2007. Pour l'Autorité maritime de la Roumanie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} juillet 2007.
- 12) L'Autorité maritime de la Fédération de Russie a adhéré au Mémorandum le 10 novembre 1995. Pour l'Autorité maritime de la Fédération de Russie, le Mémorandum prendra effet le 1^{er} janvier 1996.
- 13) L'Autorité maritime de Slovénie a adhéré au Mémorandum le 15 mai 2003. Pour l'Autorité maritime de Slovénie, le Mémorandum prendra effet le 22 juillet 2003.

- 1) Die Seeschiffahrtsbehörde Bulgariens ist der Vereinbarung am 10. Mai 2007 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Bulgariens ist die Vereinbarung am 1. Juli 2007 wirksam geworden.
- 2) Die Seeschiffahrtsbehörde Estlands ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Estlands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2005 wirksam geworden.
- 3) Die Seeschiffahrtsbehörde Islands ist der Vereinbarung am 11. Mai 2000 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Islands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2000 wirksam geworden.
- 4) Die Seeschiffahrtsbehörde Kanadas ist der Vereinbarung am 3. Mai 1994 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Kanadas ist die Vereinbarung am 3. Mai 1994 wirksam geworden.
- 5) Die Seeschiffahrtsbehörde Kroatiens ist der Vereinbarung am 8. November 1996 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Kroatiens ist die Vereinbarung am 1. Januar 1997 wirksam geworden.
- 6) Die Seeschiffahrtsbehörde Lettlands ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Lettlands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2005 wirksam geworden.
- 7) Die Seeschiffahrtsbehörde Litauens ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Litauens ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.
- 8) Die Seeschiffahrtsbehörde Maltas ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Maltas ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.
- 9) Die Seeschiffahrtsbehörde Polens ist der Vereinbarung am 27. November 1991 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Polens ist die Vereinbarung am 1. Januar 1992 wirksam geworden.
- 10) Die Seeschiffahrtsbehörde Rumäniens ist der Vereinbarung am 10. Mai 2007 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Rumäniens ist die Vereinbarung am 1. Juli 2007 wirksam geworden.
- 11) Die Seeschiffahrtsbehörde der Russischen Föderation ist der Vereinbarung am 10. November 1995 beigetreten; die Vereinbarung ist für die Seeschiffahrtsbehörde der Russischen Föderation am 1. Januar 1996 wirksam geworden.
- 12) Die Seeschiffahrtsbehörde Sloweniens ist der Vereinbarung am 15. Mai 2003 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Sloweniens ist die Vereinbarung am 22. Juli 2003 wirksam geworden.
- 13) Die Seeschiffahrtsbehörde Zyperns ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Zyperns ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)**

Vom 28. Juni 2007

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Europäische Übereinkommen vom 15. November 1975 über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR) (BGBl. 1983 II S. 245; 1985 II S. 53; 1988 II S. 379) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. November 2006 (BGBl. II S. 1229).

Berlin, den 28. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
zu dem Zweiten Zusatzprotokoll
zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen**

Vom 28. Juni 2007

Die Niederlande haben dem Generalsekretär des Europarats am 10. Februar 2006 mit Wirkung vom selben Tage nach Artikel 12 des Zweiten Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1990 II S. 118) die nachfolgend abgedruckte teilweise Nichtanwendungserklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“On 13 June 2002, the Council of the European Union adopted a framework decision (2002/584/JHA) on the European arrest warrant and the surrender procedures between Member States (‘the framework decision’). Article 31 of the framework decision states that, from 1 January 2004, the provisions of the framework decision shall replace the corresponding provisions of the conventions pertaining to extradition that apply in relations between the Member States of the European Union.

By Note of 31 August 2005, the Permanent Representation of the Kingdom of the Netherlands informed the Secretary General of the Council of Europe that the European Convention on Extradition, done at

„Am 13. Juni 2002 nahm der Rat der Europäischen Union einen Rahmenbeschluss (2002/584/JHA) über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (‘Rahmenbeschluss’) an. Artikel 31 des Rahmenbeschlusses sieht vor, dass die Bestimmungen des Rahmenbeschlusses vom 1. Januar 2004 an die entsprechenden Bestimmungen der in den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Bereich der Auslieferung geltenden Übereinkommen ersetzen.

Mit Note vom 31. August 2005 teilte die Ständige Vertretung des Königreichs der Niederlande dem Generalsekretär des Europarats mit, dass das Europäische Auslieferungsübereinkommen, beschlossen

Paris on 13 December 1957 ('the Convention'), would no longer be applied in relations between the part of the Kingdom of the Netherlands situated in Europe and the Member States of the European Union that are Parties to the Convention.

Accordingly, the Permanent Representation of the Kingdom of the Netherlands has the honour to confirm that, in view of the foregoing, the Second Additional Protocol to the European Convention on Extradition ('the Second Additional Protocol') is likewise no longer applied in relations between the part of the Kingdom of the Netherlands situated in Europe and the Member States of the European Union that are Parties to the Second Additional Protocol.

The Permanent Representation of the Kingdom of the Netherlands would emphasise that the above in no way alters the application of the Second Additional Protocol in relations between:

- the Netherlands Antilles and Aruba and the Parties to the Second Additional Protocol, or
- the part of the Kingdom of the Netherlands situated in Europe and the Parties to the Second Additional Protocol that are not Member States of the European Union."

am 13. Dezember 1957 in Paris ('Übereinkommen'), in den Beziehungen zwischen dem in Europa gelegenen Teil des Königreichs der Niederlande und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, nicht mehr angewendet wird.

Demgemäß beehrt sich die Ständige Vertretung des Königreichs der Niederlande, unter Bezugnahme auf das Vorstehende zu bestätigen, dass das Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen ('Zweites Zusatzprotokoll') in den Beziehungen zwischen dem in Europa gelegenen Teil des Königreichs der Niederlande und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Vertragsparteien des Zweiten Zusatzprotokolls sind, ebenfalls nicht mehr angewendet wird.

Die Ständige Vertretung des Königreichs der Niederlande möchte betonen, dass das Vorstehende die Anwendung des Zweiten Zusatzprotokolls in folgenden Beziehungen unberührt lässt:

- zwischen den Niederländischen Antillen und Aruba und den Vertragsparteien des Zweiten Zusatzprotokolls;
- zwischen dem in Europa gelegenen Teil des Königreichs der Niederlande und den Vertragsparteien des Zweiten Zusatzprotokolls, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. September 2005 (BGBl. II S. 1127).

Berlin, den 28. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Vom 28. Juni 2007

I.

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) wird nach seinem Artikel 25 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Angola	am	6. August 2007
Côte d'Ivoire	am	22. Juli 2007
Kroatien	am	28. August 2007
Montenegro	am	2. September 2007.

II.

Argentinien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen am 27. März 2007 den nachfolgend abgedruckten Einspruch gegen die vom Vereinigten Königreich am 7. März 2007 gegenüber dem Verwahrer notifizierte Erstreckung des Geltungsbereichs (vgl. Bekanntmachung vom 30. April 2007, BGBl. II S. 759) mitgeteilt:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

„The Argentine Republic objects to the extension of the territorial application to the Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change of 11 December 1997 with respect to the Malvinas Islands, which was notified by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Depositary of the Convention on 7 March 2007.

The Argentine Republic reaffirms its sovereignty over the Malvinas Islands, the South Georgia and South Sandwich Islands and the surrounding maritime spaces, which are an integral part of its national territory, and recalls that the General Assembly of the United Nations adopted resolutions 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 and 43/25, which recognize the existence of a dispute over sovereignty and request the Governments of the Argentine Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to initiate negotiations with a view to finding the means to resolve peacefully and definitively the pending problems between both countries, including all aspects on the future of the Malvinas Islands, in accordance with the Charter of the United Nations.“

(Übersetzung) (Original: Spanish)

„Die Argentinische Republik erhebt Einspruch gegen die Erstreckung des Geltungsbereichs des Protokolls von Kyoto vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen auf die Malwinen, die dem Verwahrer des Übereinkommens am 7. März 2007 vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland notifiziert wurde.

Die Argentinische Republik bekräftigt ihre Souveränität über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete, die Bestandteile ihres Hoheitsgebiets sind, und erinnert daran, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen hat, in denen das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität zur Kenntnis genommen wird und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert werden, um Wege zu finden, die anstehenden Probleme zwischen beiden Ländern, einschließlich aller Fragen zur Zukunft der Malwinen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen friedlich und endgültig zu lösen.“

III.

Die Bekanntmachung vom 30. April 2007 (BGBl. II S. 759) über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen wird dergestalt berichtigt, dass das Protokoll von Kyoto für Gabun am 12. März 2007 in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. April 2007 (BGBl. II S. 759).

Berlin, den 28. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das
Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses**

Vom 3. Juli 2007

I.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 16. Dezember 2005 mit Wirkung vom 1. April 2006 die Erstreckung des Europäischen Übereinkommens vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 II S. 206, 220) auf die Vogtei Jersey notifiziert.

II.

Island hat dem Generalsekretär des Europarats am 7. Februar 2006 mit Wirkung vom selben Tage die nachstehend geänderte zentrale Behörde nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens notifiziert:

„Ministry of Justice and Ecclesiastical Affairs
[Ministerium für Justiz und kirchliche Angelegenheiten]
Skuggasund
150 Reykjavik
Iceland
Tel. + 354 545 9000
Fax + 354 552 7340“

Serbien und Montenegro hat dem Generalsekretär des Europarats am 22. Februar 2006 mit Wirkung vom selben Tage die nachstehend geänderte zentrale Behörde nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens notifiziert:

„Ministry of Justice of the Republic of Serbia
[Justizministerium der Republik Serbien]
1100 Belgrade, No. 22-26, Nemanjina St.
Tel. + 381 11 3616-548/3616 549
Fax + 381 11 3616-419/685 672

Ministry of Justice of the Republic of Montenegro
[Justizministerium der Republik Montenegro]
81000 Podgorica, No. 3, Vuka Karadzica St.
Tel. + 381 81 407 502
Fax + 381 81 407 515“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. II S. 161).

Berlin, den 3. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung einer Europäischen Organisation
für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre**

Vom 6. Juli 2007

Das Übereinkommen vom 5. Oktober 1962 zur Gründung einer Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (BGBl. 1965 II S. 43) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Finnland	am	7. Juli 2004
Portugal	am	7. Mai 2001
Spanien	am	14. Februar 2007
Tschechische Republik	am	30. April 2007
Vereinigtes Königreich	am	24. Juni 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. April 1984 (BGBl. II S. 492).

Berlin, den 6. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation
für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre**

Vom 6. Juli 2007

Das Protokoll vom 12. Juli 1974 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (BGBl. 1975 II S. 393; 1982 II S. 947) ist nach seinem Artikel 30 für

Finnland	am 7. Juli 2004
----------	-----------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. April 1984 (BGBl. II S. 492).

Berlin, den 6. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Überstellung verurteilter Personen**

Vom 6. Juli 2007

I.

Das Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. 1991 II S. 1006) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Ecuador am 1. November 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

Korea, Republik am 1. November 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen

in Kraft getreten.

II.

Ecuador hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 12. Juli 2005 die nachfolgend abgedruckte Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

(Original: Spanish)

“The Republic of Ecuador declares that requests for transfer and supporting documents should be accompanied by a translation into the Spanish language.”

(Original: Spanish)

„Die Republik Ecuador erklärt, dass Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung ins Spanische übermittelt werden sollen.“

Korea, Republik, hat bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Juli 2005 die nachfolgend abgedruckten Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 3, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Korea intends to exclude the application of the procedure provided in Article 9, paragraph 1 (b), in cases when the Republic of Korea is the administering State.

In accordance with Article 5, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Korea declares that diplomatic channels shall be used except for in case of emergency or other extraordinary circumstances.

In accordance with Article 16, paragraph 7, of the Convention, the Republic of Korea shall be notified in advance about any event of transit of sentenced persons by air over its territory, even when no landing there is scheduled.

In accordance with Article 17, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Korea requires that requests for transfer and supporting documents shall be accompanied by a translation into the Korean language or into the English language.

The Republic of Korea declares that, in accordance with the law applicable in the Republic of Korea, the consent of the person concerned cannot be withdrawn once confirmed by the competent authorities of the Republic of Korea through written document signed by that person.”

„Nach Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens beabsichtigt die Republik Korea, die Anwendung des in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Verfahrens auszuschließen, wenn die Republik Korea der Vollstreckungsstaat ist.

Nach Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Korea, dass sie, außer in Notfällen oder unter anderen außergewöhnlichen Umständen, den diplomatischen Weg benutzen wird.

Nach Artikel 16 Absatz 7 des Übereinkommens ist der Republik Korea jede Durchbeförderung von verurteilten Personen auf dem Luftweg über ihrem Hoheitsgebiet im Voraus zu notifizieren, selbst wenn dort keine Landung geplant ist.

Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens verlangt die Republik Korea, dass ihr Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die koreanische oder englische Sprache übermittelt werden.

Die Republik Korea erklärt, dass nach in der Republik Korea geltendem Recht die Zustimmung der betreffenden Person nicht mehr zurückgenommen werden kann, sobald sie von den zuständigen Behörden der Republik Korea durch ein von dieser Person unterzeichnetes Schriftstück bestätigt wurde.“

III.

Kroatien: Änderung der bei Beitritt (vgl. BGBl. 1995 II S. 397) abgegebenen Erklärung

(Übersetzung)

“The Republic of Croatia herewith amends the Declaration made at the time of the deposit of its Instrument of Accession and it now reads as follows:

‘Pursuant to Article 3, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Croatia declares that in the implementation of external sanctions in its territory it shall be committed to the procedure complying with the provisions of Article 9, paragraph 1.b, and Article 11 of the Convention.

This, however, does not exclude the application of the procedure defined in Article 9, paragraph 1.a, i.e. Article 10, paragraph 1, or Article 10, paragraph 2, of the Convention, in cases when another Party is unwilling to apply the procedure defined in Article 9, paragraph 1.b and Article 11, of the Convention, and if so required by the transfer concerned. In that case the sanction shall be adapted through a court order in compliance with the provision of Article 10, paragraph 1, or Article 10, paragraph 2, of the Convention, depending on the terms of the transfer, and the enforcement of the sentence passed in the sentencing State shall be continued.

In the application of the procedure provided in Article 10, paragraph 1, or Article 10, paragraph 2, of the Convention, in accordance with the terms of the transfer set by the sentencing State, the Republic of Croatia may decide not to exercise her rights provided in Article 12 of the Convention without the consent of the sentencing State.’ ”

„Die Republik Kroatien ändert hiermit die im Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde abgegebene Erklärung wie folgt:

„Gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Kroatien, dass sie bei der Vollstreckung ausländischer Sanktionen in ihrem Hoheitsgebiet das Verfahren nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b) sowie Artikel 11 des Übereinkommens einhält.

Dies schließt jedoch die Anwendung des Verfahrens nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a) bzw. Artikel 10 Absatz 1 oder 2 des Übereinkommens in den Fällen nicht aus, in denen eine andere Vertragspartei nicht bereit ist, das Verfahren nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b) und Artikel 11 des Übereinkommens anzuwenden, sofern dies in der betreffenden Überstellungssache verlangt wird. In diesem Fall wird die Sanktion je nach den Überstellungsbedingungen durch eine Gerichtsentcheidung gemäß Artikel 10 Absatz 1 oder 2 des Übereinkommens angepasst und die Vollstreckung des in dem Urteilsstaat erlassenen Urteils fortgesetzt.

Bei Anwendung des in Artikel 10 Absatz 1 oder 2 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahrens verzichtet die Republik Kroatien in Übereinstimmung mit den von dem Urteilsstaat gesetzten Überstellungsbedingungen gegebenenfalls auf die Wahrnehmung ihrer Rechte nach Artikel 12 des Übereinkommens, sofern der Urteilsstaat nicht seine Zustimmung erteilt hat.’ ”

IV.

Unter Bezugnahme auf die bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 18. Juni 2004 von Mauritius notifizierte Erklärung (vgl. Bekanntmachung vom 17. Dezember 2004 – BGBl. 2005 II S. 63) haben folgende Staaten dem Generalsekretariat des Europarats folgende Einsprüche notifiziert:

Frankreich am 22. Juni 2005:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République française a examiné la déclaration dont la République de Maurice a assorti son instrument d'adhésion à la Convention du 21 mars 1983 sur le transfèrement des personnes condamnées. Aux termes de cette déclaration, la Convention s'applique à la République de Maurice qui, en application de l'article 111 de la Constitution de Maurice, comprend notamment l'île de Tromelin.

Le Gouvernement de la République française dispose de la souveraineté sur l'île de Tromelin et jouit, sur ce territoire, de l'ensemble des prérogatives et des compétences attachées à sa souveraineté. Par voie de conséquence, le Gouvernement de la République française n'accepte pas la déclaration de la République de Maurice, en ce qu'elle se réfère à l'île de Tromelin, et considère qu'elle est dénuée de toute portée juridique.»

„Die Regierung der Französischen Republik hat die in der Beitrittsurkunde der Republik Mauritius zum Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen enthaltene Erklärung überprüft. Nach dieser Erklärung findet das Übereinkommen auf die Republik Mauritius Anwendung, die nach Artikel 111 der Verfassung von Mauritius insbesondere die Insel Tromelin umfasst.

Die Regierung der Französischen Republik hat die Staatsgewalt über die Insel Tromelin und übt in diesem Hoheitsgebiet alle mit ihrer Staatsgewalt verbundenen Rechte und Zuständigkeiten aus. Daher erkennt die Regierung der Französischen Republik die Erklärung der Republik Mauritius, soweit sie sich auf die Insel Tromelin bezieht, nicht an und vertritt die Auffassung, dass sie ohne Rechtswirkung ist.“

Vereinigtes Königreich am 28. Januar 2005:

(Übersetzung)

“With reference to the declaration under Article 20, paragraph 1, of the Convention contained in the instrument of accession deposited by the Republic of Mauritius on 18 June 2004, under which terms the Convention shall apply to the Republic of Mauritius which, pursuant to section 111 of the Constitution of Mauritius includes inter alia the Chagos Archipelago, including Diego Garcia, the Permanent Representation to the United Kingdom has been instructed to state the following.

First, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland does not accept that the Republic of Mauritius has sovereignty over the Chagos Archipelago. Sovereignty over the Chagos Archipelago, which constitutes the British Indian Ocean Territory, is vested in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Secondly, by a Declaration of 21 January 1987, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland extended the Convention to the British Indian Ocean Territory.”

„Unter Bezugnahme auf die Erklärung nach Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens, die in der von der Republik Mauritius am 18. Juni 2004 hinterlegten Beitrittsurkunde enthalten war und der zufolge das Übereinkommen auf die Republik Mauritius Anwendung findet, die nach Artikel 111 der Verfassung von Mauritius unter anderem die Tschagosinseln einschließlich Diego Garcia umfasst, stellt die Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs weisungsgemäß Folgendes fest:

Erstens akzeptiert die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nicht die Souveränität der Republik Mauritius über die Tschagosinseln. Die Souveränität über die Tschagosinseln, die das Britische Territorium im Indischen Ozean bilden, wird vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland ausgeübt. Zweitens hat das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland das Übereinkommen durch eine Erklärung vom 21. Januar 1987 auf das Britische Territorium im Indischen Ozean erstreckt.“

V.

Mauritius erklärte unter Bezugnahme auf den vorstehend genannten Einspruch des Vereinigten Königreichs am 14. April 2005:

(Übersetzung)

“With reference to the Note verbale dated 28 January 2005 from the Permanent Representation of the United Kingdom, regarding the declaration under Article 20, paragraph 1, of the Convention contained in the instrument of accession deposited by the Republic of Mauritius, on 18 June 2004, the Government of the Republic of Mauritius makes the following statement:

The Government of the Republic of Mauritius has, over the years, consistently asserted, and hereby reasserts, its complete and full sovereignty over the Chagos Archipelago, including Diego Garcia, an integral part of the territory of Mauritius as defined in the Constitution of Mauritius.

The Government of the Republic of Mauritius wishes to reiterate in very emphatic terms that it does not recognize the so-called ‘British Indian Ocean Territory’ which was established by the unlawful excision in 1965 of the Chagos Archipelago from the territory of Mauritius, in breach of the United Nations General Charter (as applied and interpreted in accordance with resolution 1514 (XV) of 14 December 1960, resolution 2066 (XX) of 16 December 1965, and resolution 2357 (XXII) of 19 December 1967).

The Government of the Republic of Mauritius has always expressed its readiness to pursue any future concerns that it may have over the future of the Chagos Archipelago through normal bilateral discus-

„Unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs vom 28. Januar 2005 betreffend die Erklärung nach Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens, die in der von der Republik Mauritius am 18. Juni 2004 hinterlegten Beitrittsurkunde enthalten ist, gibt die Regierung der Republik Mauritius folgende Stellungnahme ab:

Die Regierung der Republik Mauritius hat viele Jahre lang konsequent ihre volle und uneingeschränkte Souveränität über die Tschagosinseln einschließlich Diego Garcia bekräftigt, die Bestandteil des in der Verfassung von Mauritius festgelegten Hoheitsgebiets sind, und bekräftigt diese hiermit erneut.

Die Regierung der Republik Mauritius möchte mit allem Nachdruck unterstreichen, dass sie das so genannte ‚Britische Territorium im Indischen Ozean‘ nicht anerkennt, das 1965 unter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen (in ihrer Anwendung und Auslegung nach Resolution 1514 –XV– vom 14. Dezember 1960, Resolution 2066 –XX– vom 16. Dezember 1965 und Resolution 2357 –XXII– vom 19. Dezember 1967) durch die unrechtmäßige Abtrennung der Tschagosinseln vom Hoheitsgebiet von Mauritius errichtet wurde.

Die Regierung der Republik Mauritius hat stets ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, etwaige künftige Besorgnisse hinsichtlich der Zukunft der Tschagosinseln im Wege gewöhnlicher zweiseitiger Gesprä-

sions, and will pursue all actions within its possibility to exercise the enjoyment of its sovereignty over the Chagos Archipelago.”

che zu erörtern, und sie wird alle Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ergreifen, um in den Genuss der Ausübung ihrer Souveränität über die Tschagosinseln zu kommen.“

Mauritius erklärte unter Bezugnahme auf den vorstehend genannten Einspruch Frankreichs am 20. Juni 2005:

(Übersetzung)

“The Ministry of Foreign Affairs, International Trade and Co-operation of the Republic of Mauritius refers to the Secretariat Note (JJ6085C) of 28 July 2005 regarding the communication from the Deputy Permanent Representative of France dated 17 June 2005 on the declaration under Article 20, paragraph 1, of the Convention on the Transfer of Sentenced Persons contained in the instrument of accession deposited by the Republic of Mauritius on 18 June 2004.

The Government of the Republic of Mauritius has the honour to bring to the attention of the Council, in its capacity as depositary of the instrument of accession to the Convention, the following statement of the position of the Government of the Republic of Mauritius with respect to the declaration made by the Government of the Republic of France.

The Government of the Republic of Mauritius wishes to reiterate that Tromelin forms an integral part of the territory of Mauritius as defined in the Constitution of the Republic of Mauritius.

The Government of the Republic of Mauritius rejects the claim of the Government of the French Republic that it has sovereignty over Tromelin.

The Government of the Republic of Mauritius furthermore does not recognise the rights and competences that the Government of the French Republic claim to exercise over Tromelin.

The Government of the Republic of Mauritius has always expressed its readiness to address any concern through normal bilateral discussions.”

„Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Internationalen Handel und Internationale Zusammenarbeit der Republik Mauritius bezieht sich auf die Note des Sekretariats (JJ6085C) vom 28. Juli 2005 betreffend die Mitteilung des stellvertretenden Ständigen Vertreters von Frankreich vom 17. Juni 2005 zu der Erklärung nach Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen, die in der von der Republik Mauritius am 18. Juni 2004 hinterlegten Beitrittsurkunde enthalten ist.

Die Regierung der Republik Mauritius beehrt sich, dem Europarat in seiner Eigenschaft als Verwahrer der Beitrittsurkunde zum Übereinkommen die folgende Stellungnahme betreffend die Position der Regierung der Republik Mauritius zu der Erklärung der Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis zu bringen.

Die Regierung der Republik Mauritius möchte erneut betonen, dass Tromelin Bestandteil des in der Verfassung der Republik Mauritius festgelegten Hoheitsgebiets ist.

Die Regierung der Republik Mauritius weist den Anspruch der Regierung der Französischen Republik auf die Souveränität über Tromelin zurück.

Ferner erkennt die Regierung der Republik Mauritius die Rechte und Zuständigkeiten, die die Regierung der Französischen Republik über Tromelin auszuüben beansprucht, nicht an.

Die Regierung der Republik Mauritius hat stets ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, etwaige Besorgnisse im Wege gewöhnlicher zweiseitiger Gespräche zu erörtern.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. August 2005 (BGBl. II S. 1028).

Berlin, den 6. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 10. Mai 1984
zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
(Artikel 3^{bis})**

Vom 10. Juli 2007

Das Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 210) ist nach seiner Ziffer 4 Buchstabe g für

Georgien am 16. September 2005
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. März 2006 (BGBl. II S. 274).

Berlin, den 10. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 10. Juli 2007

Das Protokoll vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 2498) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Barbados	am 1. November 2006
El Salvador	am 6. Februar 2006
Japan	am 19. Juni 2006
Paraguay	am 27. Januar 2006
Senegal	am 6. Januar 2006

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. März 2006 (BGBl. II S. 357).

Berlin, den 10. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei
und des Protokolls hierzu**

Vom 10. Juli 2007

I.

Die Slowakei hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 28. Mai 1993 notifiziert, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger der Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, als durch das Internationale Abkommen vom 20. April 1929 zur Bekämpfung der Falschmünzerei und das Protokoll hierzu (RGBl. 1933 II S. 913) gebunden betrachtet.

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 6. Mai 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Jugoslawien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag seiner Unabhängigkeit, als durch das Abkommen und das Protokoll hierzu gebunden betrachtet.

II.

Folgende Staaten haben gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Abkommens und des Protokolls hierzu die unten abgedruckte Erklärung über die Benennung des Europäischen Polizeiamts (Europol) als Zentrale Stelle im Sinne der Artikel 12 bis 15 des Abkommens abgegeben:

Slowakei	am 25. Juli 2006
Slowenien	am 2. Februar 2007
Ungarn	am 8. Januar 2007.

Erklärung gemäß Beschluss 2005/511/JI des Rates vom 12. Juli 2005 – deutsche Fassung:

- „1. Bezüglich der Euro-Fälschung nimmt Europol – im Rahmen seiner Zielsetzung gemäß dem Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995 über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) – folgende Zentralstellenfunktionen im Sinne der Artikel 12 bis 15 des Genfer Abkommens von 1929 wahr.
- 1.1 Europol sammelt alle Informationen und Unterlagen, die geeignet sind, die Ermittlung, Verhütung und Bestrafung der Euro-Fälschung zu erleichtern, und leitet diese Informationen unverzüglich an die nationalen Zentralstellen der Mitgliedstaaten weiter.
- 1.2 Europol verkehrt nach Maßgabe des Europol-Übereinkommens, insbesondere nach Maßgabe seines Artikels 18 und des Rechtsakts des Rates vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bestimmungen über die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Europol an Drittstaaten und Drittstellen unmittelbar mit den Zentralstellen der Drittstaaten, um die unter den Ziffern 1.3 bis 1.5 dieser Erklärung festgelegten Aufgaben zu erfüllen.
- 1.3 Europol übermittelt in dem von ihm als zweckdienlich erachteten Umfang der Zentralstelle von Drittstaaten eine Sammlung von echten Musterstücken des umlaufenden Euro-Bargelds.
- 1.4 Europol unterrichtet die Zentralstellen von Drittstaaten unter Angabe aller erforderlichen Gründe in regelmäßigen Abständen über jede neue Ausgabe von Euro-Bargeld und die Einziehung oder Außerkurssetzung von Euro-Bargeld.
- 1.5 Europol teilt – außer in Fällen von rein örtlicher Bedeutung – in dem von ihm als zweckdienlich erachteten Umfang den Zentralstellen von Drittstaaten Folgendes mit:
- jede Entdeckung von falschem oder verfälschtem Euro-Bargeld. Der Mitteilung über die Fälschung von Euro-Banknoten ist eine technische Beschreibung der Fälschung beizufügen, die ausschließlich von der Ausgabestelle, deren Noten gefälscht worden sind, zu liefern ist. Ferner ist eine fotografische Wiedergabe oder, falls möglich, ein Stück der falschen Noten beizufügen. Unbeschadet der genannten Mitteilung und technischen Beschreibung kann den interessierten

Zentralstellen in dringlichen Fällen vertraulich eine von den Polizeibehörden ausgehende Nachricht und kurze Beschreibung übermittelt werden;

- die festgestellten Einzelheiten der Fälschung mit einer Auskunft, ob nach den Feststellungen das gesamte in Umlauf gesetzte Falschgeld hat beschlagnahmt werden können.
- 1.6 Europol nimmt als Zentralstelle der Mitgliedstaaten an Tagungen über die Euro-Fälschung im Sinne des Artikels 15 des Genfer Abkommens teil.
- 1.7 Soweit Europol die in den Ziffern 1.1 bis 1.6 festgelegten Aufgaben gemäß dem Europol-Übereinkommen nicht wahrnehmen kann, behalten die nationalen Zentralstellen der Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeiten.
2. Bezüglich der Fälschung aller übrigen Währungen und der Zentralstellenfunktionen, die Europol nicht gemäß Ziffer 1 zugewiesen sind, behalten die nationalen Zentralstellen ihre bisherigen Zuständigkeiten.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Juni 2006 (BGBl. II S. 683).

Berlin, den 10. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes

Vom 10. Juli 2007

Die Schweiz hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Mai 2007 die Rücknahme ihrer Vorbehalte zu Artikel 7 Abs. 2 und Artikel 40 Abs. 2 des Übereinkommens vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992 II S. 121) notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 1. September 1997, BGBl. II S. 2032).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Januar 2007 (BGBl. II S. 267).

Berlin, den 10. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Zusatzübereinkommens
zum Übereinkommen über den Straßenverkehr**

Vom 10. Juli 2007

I.

Das Europäische Zusatzübereinkommen vom 1. Mai 1971 zum Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 986) wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Moldau, Republik am 25. April 2008
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärung
in Kraft treten.

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Europäische Zusatzübereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Die Republik Moldau hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 25. April 2007 nachstehende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

Declarations (Courtesy Translation) (Original: Moldovan)

“Until the full re-establishment of the territorial integrity of the Republic of Moldova, the provisions of the Convention shall be applied only on the territory controlled effectively by the authorities of the Republic of Moldova.

Pursuant to the provisions of the art 11, the Republic of Moldova does not consider itself bound by the art 9 of the Agreement.”

Erklärungen (Höflichkeitsübersetzung) (Original: Moldauisch)

„Bis zur vollständigen Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit der Republik Moldau findet das Übereinkommen nur auf das Gebiet Anwendung, das von den Behörden der Republik Moldau tatsächlich kontrolliert wird.

Im Einklang mit Artikel 11 betrachtet sich die Republik Moldau durch Artikel 9 des Übereinkommens nicht als gebunden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. November 2005 (BGBl. II S. 1277).

Berlin, den 10. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-botsuanischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 11. Juli 2007

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Februar 2002 zu dem Vertrag vom 23. Mai 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2002 II S. 278) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 6. August 2007

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 6. Juli 2007 in Berlin ausgetauscht.

Berlin, den 11. Juli 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des deutsch-indischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. Juli 2007

Das in New Delhi am 29. Juni 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2005 ist nach seinem Artikel 6

am 29. Juni 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Juli 2007

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Adolf Kloeke-Lesch

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2005

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Indien –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 9. Dezember 2005 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der KfW Bankengruppe (KfW), Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen von insgesamt 98 000 000,- EUR (in Worten: achtundneunzig Millionen Euro) für die Vorhaben

a) „Bewirtschaftung Natürlicher Lebensgrundlagen (NABARD)“ bis zu 8 000 000,- EUR (in Worten: acht Millionen Euro),

b) „Deutsch-Indisches Energieprogramm“ bis zu 90 000 000,- EUR (in Worten: neunzig Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. einen Finanzierungsbeitrag von insgesamt 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) für das Vorhaben „Polioimpfprogramm VIII“, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien und beziehungsweise oder einem anderen, von beiden Regierungen auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus,

a) für das Vorhaben „REC Energieeffizienzprogramm“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 70 000 000,- EUR (in Worten: siebenzig Millionen Euro) sowie

b) für das Vorhaben „Programm Ländliches Finanzwesen (NABARD XI)“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 100 000 000,- EUR (in Worten: hundert Millionen Euro)

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Indien weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Indien eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selber Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Kann bei dem in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Indien, von der KfW für dieses Vorhaben ein Darlehen bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2013.

(3) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließen den Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Indien erklärt sich damit einverstanden, dass die KfW keine Steuern oder sonstigen öffentlichen Abgaben zahlt, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Indien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indien kommen überein, einen Betrag von insgesamt 54 900 000,- EUR (in Worten: vierundfünfzig Millionen neunhunderttausend Euro) aus früheren Abkommen zu reprogrammieren. Der Reprogrammierungsbetrag setzt sich aus folgenden Projekten zusammen:

1. Das in dem Abkommen vom 9. Dezember 2005 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 für das Vorhaben „Ländliche Wasserversorgung Nadia Distrikt“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 19 229 000,- EUR (in Worten: neunzehn Millionen zweihundertneunundzwanzigtausend Euro) wird in voller Höhe reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Polioimpfprogramm VIII“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
2. Das in dem Abkommen vom 19. Juni 1995 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1995 für „Wohnungsbauprogramme für wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen (HUDCO VI)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 10 225 837,62 EUR, in Worten: zehn Millionen zweihundertfünfundsiebzigtausendachthundertsiebenunddreißig Euro und zweiundsechzig Cent) wird mit einem Betrag von 771 000,- EUR (in Worten: siebenhunderteinundsiebzigtausend Euro) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Polioimpfprogramm VIII“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
3. Der in dem Abkommen vom 9. Dezember 2005 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 für die Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Ländliche Wasserversorgung Nadia Distrikt“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro) wird mit einem Betrag von 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag für die Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Finanzierung und Entwicklung von klein- und mittelständischen Unternehmen (SIDBI IV)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
4. Das in dem Abkommen vom 19. Juni 1995 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit

1995 für die Entsorgung von industriellem Sondermüll in Karnataka vorgesehene Darlehen in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22 EUR, in Worten: sieben Millionen sechshundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig Euro und zweiundzwanzig Cent) wird mit dem Betrag von 7 000 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen Euro) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Bewirtschaftung Natürlicher Lebensgrundlagen (NABARD)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

5. Das in dem Abkommen vom 10. August 2004 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2002-II für das Vorhaben „Stromsektorreformprogramm II (Unterstützung der Stromsektorreformen in Madhya Pradesh)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) wird in voller Höhe reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
6. Das in dem Abkommen vom 10. August 2004 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2002-II reprogrammierte und für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom II (Madhya Pradesh)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 3 579 043,17 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreihundertvierzig Euro und sieben Cent) wird mit einem Betrag von 969 281,59 EUR (in Worten: neunhundertneunundsechzigtausendzweihunderteinundachtzig Euro und neunundfünfzig Cent) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
7. Die in dem Abkommen vom 10. August 2004 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2002-II reprogrammierte und für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom II (Madhya Pradesh)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 15 338 756,44 EUR (in Worten: fünfzehn Millionen dreihundertachtunddreißigtausendsiebenhundertsechsfundfünfzig Euro und vierundvierzig Cent) wird in voller Höhe reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
8. Das in dem Abkommen vom 10. August 2004 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2002-II reprogrammierte und für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom II (Madhya Pradesh)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 1 533 875,64 EUR (in Worten: eine Million fünfhundertdreiunddreißigtausendachthundertfünfundsiebzig Euro und vierundsechzig Cent) wird in voller Höhe reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
9. Das in dem Abkommen vom 10. August 2004 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2002-II reprogrammierte und für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom II (Madhya Pradesh)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 2 158 086,33 EUR (in Worten: zwei Millionen einhundertachtundfünfzigtausendsechshundertachtzig Euro und dreiunddreißig Cent) wird in voller Höhe reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Sektorreformprogramm Strom I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
10. Der in dem Abkommen vom 19. Juni 1995 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1995 für „Wohnungsbauprogramme für wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen (HUDCO VI)“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in

Euro: 15 338 756,44 EUR, in Worten: fünfzehn Millionen dreihundertachtunddreißigtausendsiebenhundertsechsfünfundzig Euro und vierundvierzig Cent) wird mit einem Betrag von 1 400 000,- EUR (in Worten: eine Million vierhunderttausend Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag für das Vorhaben „Bewirtschaftung Natürlicher Lebensgrundlagen (NABARD)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

11. Das in dem Abkommen vom 12. Oktober 1992 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1992 für das Vorhaben „Umrüstung von vier bestehenden Gasturbinen des Kraftwerks Uran in ein Kombikraftwerk (Combined Cycle Power Station Uran III)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 75 000 000,- DM (in Worten:

fünfundsiebzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 38 346 891,09 EUR, in Worten: achtunddreißig Millionen dreihundertsechsvierzigtausendachthunderteinundneunzig Euro und neun Cent) wird mit dem Betrag von 500 000,- EUR (in Worten: fünfhunderttausend Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag für die Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „REC Energieeffizienzprogramm“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu New Delhi am 29. Juni 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Julius Georg Luy

Für und im Auftrag
des Präsidenten von Indien
in Ausübung der vollziehenden Gewalt
der Republik Indien

M. F. Farooqui

Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 19. Juli 2007

Das in New Delhi am 9. Dezember 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach seinem Artikel 6

am 9. Dezember 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Juli 2007

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ingrid-Gabriela Hoven

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2004

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Indien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 28. bis 30. Juli 2004 geführten Verhandlungen und auf das Verhandlungsprotokoll vom 30. Juli 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen von insgesamt 30 500 000,- EUR (in Worten: drei-
ßig Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben
 - a) „Ländliche Wasserversorgung Rajasthan I“ bis zu
3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),
 - b) „Stromsektorreformprogramm I (Erweiterung des Kohle-
kraftwerks Vijayawada)“ bis zu 18 000 000,- EUR (in
Worten: achtzehn Millionen Euro),
 - c) „Basisgesundheitsversorgung Himachal Pradesh“ bis zu
9 500 000,- EUR (in Worten: neun Millionen fünfhundert-
tausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vor-
haben festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge von insgesamt 19 000 000,- EUR (in
Worten: neunzehn Millionen Euro) für die Vorhaben
 - a) „Stärkung von Ureinwohnern und ländlichen Armen und
Schutz natürlicher Ressourcen in Tripura“ bis zu
12 000 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen Euro),
 - b) Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des
unter Nummer 1 Buchstabe a genannten Vorhabens
„Ländliche Wasserversorgung Rajasthan I“ bis zu
1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro),
 - c) „Polio-Impfprogramm VII“ bis zu 5 000 000,- EUR (in
Worten: fünf Millionen Euro),
 - d) Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des
unter Nummer 1 Buchstabe c genannten Vorhabens

„Basisgesundheitsversorgung Himachal Pradesh“ bis zu
1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt
und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umwelt-
schutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kredit-
garantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbst-
hilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als
Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stel-
lung von Frauen die besonderen Voraussetzungen für die
Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Republik Indien und beziehungsweise
oder einem anderen von beiden Regierungen auszuwählenden
Darlehensnehmer darüber hinaus für das Vorhaben „Finanzie-
rung und Entwicklung von Klein- und mittelständischen Unter-
nehmen (SIDBI)“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im
Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt
wird, von bis zu 43 500 000,- EUR (in Worten: dreiundvierzig Mil-
lionen fünfhunderttausend Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung
die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vor-
habens festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der
Republik Indien weiterhin gegeben ist.

(3) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten
Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so
ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
der Regierung der Republik Indien, von der KfW für dieses Vor-
haben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags
ein Darlehen zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einver-
nehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Regierung der Republik Indien durch andere Vor-
haben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeich-
netes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben
des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als
Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maß-
nahme zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von
Frauen oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur
Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die
Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann
ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt
werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es
der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur
Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere
Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur
Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vor-
haben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen
Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden,
sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwi-
schen der KfW und den Empfängern der Darlehen beziehungs-
weise der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die
den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvor-
schriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Num-

mern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Indien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Indien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indien kommen überein, einen Betrag von insgesamt 7 624 210,69 EUR (in Worten: sieben Millionen sechshundertvierundzwanzigtausendzweihundertzehn Euro und neunundsechzig Cent) aus früheren Abkommen zu reprogram-

mieren (davon 2 000 000,- EUR als Darlehen, 5 624 210,69 EUR als Finanzierungsbeitrag). Der Reprogrammierungsbetrag setzt sich aus folgenden Projekten zusammen:

1. Das in dem Abkommen vom 12. Oktober 1992 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1992 für die Umrüstung von vier bestehenden Gasturbinen des Kraftwerks Uran in ein Kombikraftwerk vorgesehene Darlehen in Höhe von 75 000 000,- DM (in Worten: fünfundsiebzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro 38 346 891,09 EUR, in Worten: achtunddreißig Millionen dreihundertsechszigtausendachthunderteinundneunzig Euro und neun Cent) und in dem Abkommen vom 28. Juli 1994 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1994 reprogrammierte und für technische Verbesserungen im existierenden Braunkohletagebau und Braunkohlekraftwerk Neyveli I vorgesehene Darlehen in Höhe von 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro 23 008 134,65 EUR, in Worten: dreiundzwanzig Millionen achttausendeinhundertvierunddreißig Euro und fünfundsechzig Cent) wird mit einem Betrag von 2 000 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen Euro) reprogrammiert und wiederum als Darlehen für das Vorhaben „Stromsektorreformprogramm I (Erweiterung des Kohlekraftwerks Vijayawada)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
2. Der in dem Abkommen vom 17. Mai 2002 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 2000 für das Vorhaben „Slumsanierung Nagpur“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 5 624 210,69 EUR (in Worten: fünf Millionen sechshundertvierundzwanzigtausendzweihundertzehn Euro und neunundsechzig Cent) wird mit dem gesamten Betrag von 5 624 210,69 EUR (in Worten: fünf Millionen sechshundertvierundzwanzigtausendzweihundertzehn Euro und neunundsechzig Cent) reprogrammiert und wiederum als Finanzierungsbeitrag für das Vorhaben „Polio-Impfprogramm VII“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu New Delhi am 9. Dezember 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Julius Georg Luy

Für und im Auftrag
des Präsidenten von Indien
in Ausübung der vollziehenden Gewalt
der Republik Indien

M. F. Farooqui

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
der Veröffentlichung des Abkommens vom 14. Juni 2002
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
über Beziehungen im audiovisuellen Bereich**

Vom 30. Juli 2007

Die gemäß Bekanntmachung vom 13. Oktober 2003 erfolgte Veröffentlichung des Abkommens vom 14. Juni 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über Beziehungen im audiovisuellen Bereich (BGBl. 2003 II S. 1629) ist wie folgt zu berichtigen:

In der Unterschriftenleiste muss es statt

„Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Julian Nida-Rümelin“

richtig heißen:

„Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Gunter Mulack
Julian Nida-Rümelin“.

Bonn, den 30. Juli 2007

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien
Im Auftrag
B. Horion-Vogel